

Gemeinsame Stellungnahme der Stadtteilbeiräte Findorff, Gröpelingen und Walle zur Schulentwicklungsplanung

Vorwort

Die Beiräte begrüßen die Bemühungen der Bürgerschaft und des Senats, die darauf gerichtet sind, Konsequenzen aus den Ergebnissen der Pisa Studien zu ziehen.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, ein Schulkonzept zu entwickeln, das von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird und in seinen Grundlagen nicht parteipolitischem Kalkül unterliegt. Wir denken dabei an eine Schule für Alle, in der den Bedürfnissen verschiedener Schüler und Schülerinnen Rechnung getragen wird, die also die Integration von Behinderten und langsam lernenden Kindern genauso ermöglicht, wie sie die Förderung gut und sehr gut begabter Schüler und Schülerinnen im Blick hat.

Die bisher durchgeführten Veränderungen (Einführung der Sekundarschule, Stärkung der Gymnasien), die zu einer Vielzahl unüberschaubarer Bildungsgänge mit sehr früher Selektion der Kinder nach sozialer Herkunft (Gütekategorien) geführt haben, werden nicht nur von uns, sondern von allen mit Schule befassten Organisationen und Einrichtungen kritisch hinterfragt.

Nach Meinung der Beiräte ist es notwendig, das bremische Schulsystem auf der Basis der Empfehlungen des „Runden Tisches Bildung“, der aktuellen Forderungen des Zentralelternbeirates Bremen und der GEW weiterzuentwickeln.

Die Schulen in unseren Stadtteilen müssen allen Kindern ein optimales Bildungsangebot bieten können.

Wir fordern deshalb für die von uns vertretenen Stadtteile:

- Grundlegender Umbau des Schulsystems mit dem Ziel einer möglichst langen gemeinsamen Beschulung. Dieser Umbau muss unserer Meinung nach noch in dieser Legislaturperiode beginnen.
- Unterstützung von Kooperationen aus dem Elementarbereich bis hin zur Sekundarstufe II, um eine bessere Koordination der Übergänge und Förderung aller Kinder in gemeinsamer Verantwortung zu ermöglichen. Dazu sind in erheblichem Maße pädagogisch inhaltliche Absprachen zwischen den Bildungsstufen erforderlich.
- Verlagerung langfristiger Schulentwicklung in die Verantwortung der Schulen.
- Verbesserung der materiellen und personellen Rahmenbedingungen für alle Schulen. Der Rückgang der Schülerzahlen darf nicht zur Personaleinsparung genutzt werden, sondern soll stattdessen zur Verringerung der Klassenfrequenzen eingesetzt werden.
- Aktive Einbeziehung aller Gymnasien und aller Förderzentren in den Umbau des Schulsystems, um die Berücksichtigung ihrer speziellen Bedürfnisse langfristig zu sichern.

- Keine Gründung weiterer SEK II Zentren, stattdessen Stärkung und Ausbau der bestehenden Oberstufen, um den SchülerInnen Wahlmöglichkeiten zwischen vielfältigen, qualifizierten Kursen anbieten zu können.
- Schaffung attraktiver Ganztagschulen in der Grundschule und in der Sekundarstufe I, die so ausgestattet sind, dass neben dem Kernunterricht ein attraktives pädagogisches Angebot geschaffen wird.
- Stärkung der Elementarbildung mit dem Ziel einer beitragsfreien Erziehung im Kindertagesheim.
- Materielle und personelle Unterstützung der Förderzentren auf ihrem eigenständigen Weg zu mehr Integration. Keine nur bauliche Integration aus Kostengründen.
- Sicherung der Kooperationsstandorte für das Förderzentrum für Wahrnehmung und Entwicklung.

Sprecher des Stadtteilbeirates Findorff

Sprecher des Stadtteilbeirates Gröpelingen

Sprecher des Stadtteilbeirates Walle

Folgende Veränderungen sind in den Stadtteilen zunächst umzusetzen

Positionen des Beirates Gröpelingen

Der Beirat Gröpelingen stellt fest:

- dass es bereits eine Reihe von attraktiven Schulen im Stadtteil Gröpelingen gibt, die Ganztagschule und inzwischen baulich gut ausgestattet sind. Das sind die Grundschulen Auf den Heuen und Oslebshauer Heerstraße sowie das Förderzentrum Am Oslebshauer Park.
- dass die Grundschulen An der Fischerhuder Straße, Halmerweg und Pastorenweg noch nicht „Ganztagschule“ sind;
- dass die 6-jährige Grundschule An der Fischerhuder Straße auf Stadtebene gesehen in eine Einbahnstraßensituation geführt hat, das Schulgebäude jedoch für eine Grundschule bis Klasse 4 räumlich zu groß ist;
- dass die Johann-Heinrich-Pestalozzi-Schule als Schulstandort für SchülerInnen und ihren Familien keine Attraktivität besitzt. Das schlechte Image der Schule entspricht

keinesfalls der Realität, Ruf und Name sind jedoch über die letzten Jahrzehnte und Generationen, die hier zur Schule gegangen sind, verbraucht und kaum noch änderbar;

- Gröpelingen benötigt dringend attraktive Sek.I-Standorte, um die SchülerInnen im Stadtteil zu halten. Das Gros der SchülerInnen nimmt zur Zeit (auch aus Oslebshausen) lieber den weiteren Schulweg zur GSW(Zugang begrenzt) oder zu Waller Schulen in Kauf.

Folgende Forderungen werden vom Beirat Gröpelingen an das Bildungssystem in Gröpelingen gestellt:

- Gemeinsame Schulzeit so lange wie möglich;
- Ganztagschulen-Konzept für den gesamten Stadtteil Gröpelingen;
- Anpassung der 6-jährigen GS Fischerhuder Straße an ein abgestimmtes Gesamtkonzept des Stadtteils;
- Schaffung einer attraktiven Sek.I-Schule mit Standort im Zentralbereich von Gröpelingen:
 - Als Standort wird die Schule Fischerhuder Straße vorgeschlagen, die saniert und attraktiv ausgebaut werden muss -
 - zu einer Schule mit Modellcharakter -
 - für Kinder und Jugendliche vom Kindergartenalter bis zum Abschluss der 10. Klasse;
 - Ein Quartiersbildungszentrum soll angegliedert werden, in dem z.B. eine Kinderbetreuungseinrichtung, die Erziehungsberatungsstelle, der schulpsychologische Dienst, ein Kinderarzt und die BAGIS untergebracht werden.
- Schaffung einer angemessenen und nicht weniger attraktiven Sek. I-Schule mit Standort in Oslebshausen:
 - Vorschlag für ein Grundstück wäre z.B. das ehemalige Norfag-Gelände in der Ritterhuder Heerstraße;
 - Dreizügigkeit;
 - 5. – 10. Klasse;
- **Die Ausstattung muss so gut sein, dass die Gröpelinger Schulen mit denen im übrigen Bremen konkurrenzfähig sind;**
- Dezentralisierung der Schulberatung;
- Regionalisierung der Schulaufsicht;
- Alle Schulen in Bremen sollen verpflichtet werden, ihre SchülerInnen zu einem Abschluss zu führen.

Im übrigen schließt sich der Beirat Gröpelingen den Forderungen des Zentralelternbeirates gemäß der Schreiben vom 24. Mai 2007 und 14. Mai 2008 an.

Bremen, den 01.07.2008